

## Wahlen in Schleswig-Holstein: Was die Parteien zur Familie sagen



In einer Demokratie ist es wichtig, dass die Bürger gut informiert sind und wissen, wofür die Parteien stehen. Im hohen Norden der Bundesrepublik wird am 7. Mai ein neuer Landtag gewählt. Die Initiative Familien-Schutz hat für Sie die Wahlprogramme der Parteien ausgewertet. Wir haben für Sie die zentralen familienpolitischen Aussagen der Wahlprogramme in dieser Übersicht zusammengefasst. Sie sollen sich ein Bild davon machen können, mit welchem Familienbild und welchen familienpolitischen Vorschlägen die Parteien zur *Landtagswahl in Schleswig-Holstein* antreten.

### **CDU: Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Familienpakt mit der Industrie**

Die CDU in Schleswig-Holstein will die CDU ein „bezahlbares, flexibles Ganztagsangebot“ aufbauen. Das soll von der Krippe bis zur Schule reichen. Die Kindertagesstätten sollen finanziell besser ausgestattet und damit die Zahl der Plätze erhöht werden. Die CDU spricht sich für Übernachtungsmöglichkeiten der Kinder in Kindertagesstätten aus und dafür, dass Kindertagesstätten in den Sommerferien von Montags bis Sonntagabends geöffnet sein sollen. Außerdem will die CDU mit den Industrie- und Handelskammern einen „Familienpakt“ aushandeln, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

### **SPD: Gleichstellung von Schwulen und Lesben und Unterstützung für Ein-Eltern-Familien**

Für die SPD ist Familie überall dort, „wo Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen.“ Die SPD betont, dass ihr die „Gleichstellung und Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen und A-sexuellen“ ein wichtiges Anliegen ist. Homosexuelle Partnerschaften sollten mit der Ehe gleichgestellt werden und das Recht auf Adoption erhalten. Insbesondere sollen die Leistungen der Ein-Eltern-Familien unterstützt werden. Die SPD stellt heraus, dass die von ihr geführte Landesregierung seit 2012 die Betreuungsquote in Krippen von 24,2 auf 31,4 Prozent erhöht habe. Langfristig soll die öffentliche Kinderbetreuung kostenlos sein.

### **Die Grünen: Familie sind alle partnerschaftlichen Beziehungen**

Für die Grünen ist die Familie überall dort, „wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen.“ Die Unterstützung der Grünen gilt laut ihrem Wahlprogramm allen „partnerschaftlichen Beziehungen, ganz gleich ob Vater-Mutter-Kind, Alleinerziehende, Patchwork- oder Regenbogenfamilien.“ Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stehe im Zentrum ihrer Familienpolitik. Die Grünen wollen ein flächendeckendes System von Familienzentren aufbauen. Die Grünen wollen außerdem „familienfreundliche, moderne und flexible Arbeitszeitmodelle“ fördern. Sie sprechen sich für eine wachsende politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen aus.

### **FDP: Will ein umfangreiches Familienpaket schnüren**

Die FDP will in der neuen Wahlperiode ein „umfangreiches Familienpaket schnüren.“ Das soll das Leben junger Familien erleichtern. Dazu gehöre es, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Die Elternbeiträge für die Kinderbetreuung sollen erst gedeckelt und später abgeschafft werden. Die Grunderwerbssteuer für den erstmaligen Erwerb einer Wohnimmobilie soll wegfallen, um die Vermögensbildung zu erleichtern. Außerdem sollen auf Bundesebene Familien mit Kindern stärker entlastet werden.

### **SSW: Gegen ein Betreuungsgeld und für Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

Der Südschleswigsche Wählerverband will die familienpolitischen Leistungen überprüfen und bündeln. Diese sollen leichter beantragt werden können. Familien und Beruf sollen besser vereinbart werden. Deshalb sollen Arbeitszeiten flexibilisiert werden. Der SSW lehnt ein Betreuungsgeld für Eltern ab, die ihre Kinder nicht in den Kindergarten schicken. Familienbildungsstätten sollen stärker gefördert werden. Das Land soll weiter Zuschüsse für Familienferien bezahlen.

### **AfD: Für die traditionelle Familie als Leitbild und Anerkennung von Erziehungsleistungen**

Die Alternative für Deutschland bekennt sich in ihrem Wahlprogramm zum Leitbild der traditionellen Familie und wendet sich gegen die „Stigmatisierung traditioneller Geschlechterrollen und Familienentwürfe.“ Erziehungsleistungen der Eltern sollen wieder stärker finanziell und ideell anerkannt werden. Die AfD Schleswig-Holstein fordert, ein Willkommensgeld für Neugeborene, Familiensplitting als Ergänzung des Ehegattensplittings, Steuerfreiheit ab dem dritten Kind, ein Landeserziehungsgeld,

Darlehen für den Erwerb von Wohneigentum und die finanzielle Förderung für Berufsrückkehrer nach mehrjähriger Erziehungstätigkeit.

### **Linke. Für die Schaffung von 24-Stunden Kitas und Kindergrundsicherung**

Für Die Linke ist Familie dort, „wo Kinder aufwachsen und wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen.“ Neben der „klassischen Kleinfamilie“ zählt sie dazu alleinerziehende Eltern, Patchwork-, und Regenbogenfamilien mit zwei Müttern und zwei Vätern und „vieles mehr.“ Die Linke will sich im Bundesrat für eine eigene Kindergrundsicherung einsetzen. Das Kindergeld soll nicht mehr auf Sozialleistungen angerechnet werden. Die Linke fordert auch den Ausbau von Kindertagesstätten und 24-Stunden-Kitas. Außerdem will Die Linke Stellen in der Kinder- und Jugendarbeit aufstocken.

### **Fazit:**

**Die CDU will die Vereinbarkeit von Beruf und Familien durch den Ausbau des Betreuungsangebotes stärken und setzt auf Absprachen mit den Industrie- und Handelskammern. Für CDU, FDP, SPD, Linke, Grüne steht die Förderung der öffentlichen Betreuung im Vordergrund. Der Südschleswiger Wählerverband (SSW), den es als Vertretung der dänischen Minderheit nur in Schleswig-Holstein gibt, spricht sich ausdrücklich gegen das Betreuungsgeld für Eltern aus, die ihr Kind nicht in eine Kindertagesstätte schicken.**

**Sowohl FDP als auch AfD legen einen Schwerpunkt auf Förderung von Wohneigentum für Familien. Die AfD fordert zudem Steuervorteile und ein Landeserziehungsgeld. Die Linke will eine Kindergrundsicherung, ganz unabhängig von den familiären Verhältnissen. Die Grünen wollen ein flächendeckendes Netz von Familienzentren errichten. Nur die AfD bekennt sich ausdrücklich zur traditionellen Familie. SPD, Grüne und Linke betonen, dass alle anderen Lebensformen mit dieser gleichgestellt werden sollen. CDU und FDP äußern sich dazu nicht explizit.**